

München, 25.08.2020

## Landwirtschaftsschulen: Schließungen trotz ausreichender Anzahl an Studierenden

**Agrarexpertin Ruth Müller: Die am drittstärksten frequentierte Landwirtschaftsschule in Niederbayern muss auch schließen - Rotstift wurde an der falschen Stelle angesetzt**

Seit Ankündigung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums, sieben Landwirtschaftsschulen in Bayern schließen zu wollen, mehren sich die Proteste gegen den Abbau der Schulstandorte. Auch die landwirtschaftspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Ruth Müller** steht den Schulschließungen kritisch gegenüber. Denn wie die Zahlen einer aktuellen [Anfrage](#) der SPD-Abgeordneten belegen, werden die landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten wie in Landshut oder Mindelheim trotz ausreichender Anzahl an Studierenden geschlossen.

"Ministerin Kaniber hat leider an der falschen Stelle den Rotstift angesetzt. Von beispielsweise 162 Studierenden in Niederbayern besuchen derzeit 39 Jungbäuerinnen und Jungbauern die Landwirtschaftsschule in Landshut. Das ist eine solide Anzahl an Studierenden und im Vergleich zu den weiteren niederbayerischen Ausbildungsstätten der am drittstärksten frequentierte Standort", erklärt Müller. Gleiche Tendenzen lassen sich auch bei Schulstandorten in Oberbayern und Schwaben erkennen. Mit den Schulschließungen seien mehr negative als positive Aspekte verbunden, betont die Abgeordnete und ergänzt: "Meisterkurse können nicht mehr wohnortnah angeboten werden, in der Folge wird es weniger Meister geben. Und damit fallen auch neue Ausbildungsplätze vor Ort für junge Menschen weg. Das ist kein gutes Szenario für die Landwirtschaft in Bayern."

Auch bei den weiteren Reformen im Agrarbereich wie beispielsweise dem massiven Abbau der staatlichen Landwirtschaftsberatung sieht die Agrarexpertin derzeit keine erkennbaren Verbesserungen, sondern eher steigende Kosten durch angekündigte Umstrukturierungen. "Es ist begrüßenswert, dass keine Einsparungen bei den Personalkosten vorgesehen sind oder Arbeitsstellen abgebaut werden. Trotzdem entstehen durch die geplanten Veränderungen einmalige Sachkosten in Höhe von rund 302.800 Euro sowie Mietzahlungen für neue Büroräume in Höhe von rund 333.000 Euro im Jahr. Statt in 'Schreibtische' und 'Verkabelungen' zu investieren, wäre es besser, die bestehenden Verwaltungsabläufe effizient, digital und zeitgemäß auszubauen", so die Landshuter SPD-Abgeordnete.